

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Trabantenschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Jahr für Nachgeldeste: 20 011.

Bezugs-Gebühr n. 16. bis 30. September 1924 bei HgL. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpöhlige 3 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. usw. Vorkasse gegen Voranschlag.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Ueppich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Tritt Deutschland dem Völkerbund bei?

Die gegenseitige Fühlungnahme innerhalb der maßgebenden Mächte.

Ruhrräumung bis 10. Januar 1925 für Deutschlands Völkerbundseintritt durch Nanfen zugesichert?

Der Ministerrat hat begonnen.

Berlin, 23. Sept. Der Ministerrat hat heute vormittag 11 Uhr begonnen. Er dürfte sich bis in die späten Nachmittagsstunden erstrecken. Man erwartet, daß eine Mitteilung, die im wesentlichen die Entscheidung über die Zielungnahme zum Völkerbund bringt, gegen Abend ausgegeben wird.

Man dürfte sich im heutigen Ministerrat wegen der ungenügenden englischen Antwort auf die deutsche Anfrage auf eine Erklärung einigen, die die Bereitschaft der Reichsregierung zum Beitritt eindeutig formuliert, den Antrag aber noch zurückstellt, bis die noch bestehende Auffassung unerlässlichen Vorfragen erledigt sind. Die zu erwartende amtliche Mitteilung wird wahrscheinlich stark betonen, daß Deutschland zum Eintritt in den Völkerbund bereit ist und den dahingehenden Antrag zu der nächsten eine sofortige Entscheidung gehaltenden Gelegenheit zu stellen beabsichtigt. In Reglerungsfragen wird zunächst feinerer Ausblick gegeben, auch nicht über den Inhalt der Verhandlungen, die Reichsregierung.

Marx und Nanfen

hatten. Der Berliner Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meint, die Zielungnahme des Reichspräsidenten sei maßgeblich beeinflusst durch die Mitteilung von Dr. Nanfen, daß, wenn Deutschland rechtzeitig einen Antrag stelle, das Ruhrgebiet wahrscheinlich bis zum 10. Januar geräumt sein werde und außerdem die deutsche Regierung die Zulicheruna erhalten würde, daß von dem Zeitpunkt an, an dem Deutschland in den Völkerbund aufgenommen wäre, die Militärkontrolle automatisch von dem Interalliierten Kontrollkomitee auf das Organ des Völkerbundes übergehen würde.

Strefemann noch am Montagabend bei Oberl.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin, 23. Sept. Unmittelbar nach dem gestrigen Besuch des Herrn Strefemann bei Lord D'Abernon briefte Herr Strefemann eine Besprechungsnotiz im Auswärtigen Amt, die bis 9 Uhr dauerte. Im Anschluß daran begab sich Herr Strefemann zum Reichspräsidenten Oberl. Herr Strefemann zeigte sich äußerst gestern abend, besonders auf aufgelegt und seine Parteifreunde wollen daraus auf besonders günstige Informationen durch den englischen Botschafter schließen, ob auch hinsichtlich der Gleichberechtigung Deutschlands im Völkerbund, wird nicht gesagt.

Der Reichspräsident propagiert den Eintritt.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin, 23. Sept. Aus Erklärungen des Außenministers und des Staatsrats am heutigen Vormittag zu Parlamentariern geht hervor, daß auch der Reichspräsident, bei dem gestern abend wieder die sozialdemokratischen Führer waren, mit Entschiedenheit den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund anstrebt. Die letzte Nacht über haben telegraphische Verhandlungen mit den Regierungen der anderen Völkervölker des Reiches stattgefunden. Die Ueberwindung gewisser Widerstände und Gegenläufe erhofft man für spätestens morgen durch die Bekanntgabe der wichtigsten englischen Angelegenheiten, die Lord D'Abernon dem Außenminister ausgesprochen hat.

Der Berner deutsche Gesandte in Genf.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 23. Sept. Der „Lageanzeiger“ meldet aus Genf: Der deutsche Gesandte am Bern ist gestern abend in Genf eingetroffen. Er hatte Besprechungen mit Salandra,

Brinard und Lord Parmoor. In Genf sind zahlreiche deutsche Sozialisten und Pazifisten eingetroffen, die die Anstandsfrage fortlaufend informieren, daß keine Widerstände in Deutschland mehr vorhanden seien. „Journal“ schreibt: Die Schicksalsfrage des Völkerbundes ist nach allgemeiner Auffassung das unmittelbar bevorstehende deutsche Annahmegericht.

Die Antwort Englands an Strefemann.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 23. Sept. Wie gemeldet, hatte Dr. Strefemann gestern abend nach seiner Ankunft in Berlin eine Besprechung mit dem englischen Botschafter Lord D'Abernon, der die Antwort der englischen Regierung auf eine von Berlin aus erfolgte Erkundigung mitteilte. Die Reichsregierung hatte dieser Tage durch den deutschen Botschafter in London einige Fragen stellen lassen, die sich auf die Behandlung Deutschlands bei seinem etwaigen Eintritt in den Völkerbund bezogen. Es handelte sich um Erkundigungen über die dem deutschen Vertreter im Völkerbund einzuräumenden Rechte, über die Voraussetzungen für den Beitritt Deutschlands und um den Zeitpunkt des Eintritts. Der englische Botschafter hat nun die ihm aus London brieflich mitgeteilte Antwort auf die vertraulich gehaltenen deutschen Fragen übermittelt. Um eine englische Note handelt es sich hierbei nicht.

Aus englischen Kreisen in Berlin erfährt der „Volks-Anz.“, daß der englische Botschafter feinerlei besondere Anweisung zu befolgen hatte, sondern daß er lediglich den bekannten Standpunkt der englischen Regierung (daß man den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erwarte) Dr. Strefemann gegenüber nochmals betont habe. Ueber die Frage, ob Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes werde betrachtet werden, herrscht noch wie vor Unklarheit.

Deutsch-französischer Meinungsaustausch.

Genf, 23. Sept. Es verlautet, daß in letzter Stunde zwischen der Berliner und der Pariser Regierung ein Meinungsaustausch über die Bedingungen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund stattgefunden hat. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen werde die Stellung eines Aufnahmegerichtes abhängen. (S. T. A.)

Savvas dementiert.

(Durch Funkspruch.)
Paris, 23. Sept. Savvas bezeichnet die gestern in Paris verbreitete Nachricht, die deutsche Regierung habe wegen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund in Paris sondieren lassen, als falsch. In autorisierten französischen Kreisen erklärt man, daß keine Verhandlungen über diese Frage stattgefunden hätten. (S. T. A.)

Eine Besprechung Herriots mit Lord Crewe.

(Durch Funkspruch.)
Paris, 23. Sept. Nach dem „Matin“ hat der englische Botschafter Lord Crewe gestern vormittag den Ministerpräsidenten Herriot besucht, um ihn wegen seiner Stellungnahme für den Fall, daß Deutschland seinen Eintritt in den Völkerbund verlangt, zu sondieren. Herriot habe, wie der Gener Berichterhalter des „Matin“ meldet, telephonisch die französische Delegation in Genf befragt, die zweimal unter dem Vorhug Brinards hierüber verhandelt habe. (S. T. A.)

Für und wider den Beitritt.

Deutsche Pressstimmen.

Berlin, 23. Sept. Die Frage des eventuellen Eintritts Deutschlands in den Völkerbund wird in der Presse lebhaft erörtert. Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt: Wieder einmal gibt es eine Entscheidung von Bedeutung. Soll Deutschland um Aufnahme in den Völkerbund nachsuchen oder nicht? Die idealen wie die materiellen Gründe sprechen dagegen. Würde doch in dem deutschen Zulassungsgesuch eine Anerkennung der Institution des Völkerbundes überhaupt liegen, der feinerzeit nur als eine Interessengereinschaft geschaffen wurde zur Garantie des Verfallers Raubes. Das Wort führt weiter aus, daß für Deutschland ein Eintritt in den Völkerbund nicht möglich sei, weil er uns zu uneren eigenen Denkern mache. Kein materiell betrachtet, gewinne Deutschland, wenn es lebt in den Völkerbund eintritt, auch nichts, nicht einmal die Selbstverständlichkeiten, die ihm aus der Weltlichkeit gebühren. Neue Zurücksetzung, neue Anrechnung, neue finanzielle Belastungen würden Deutschland auferlegt werden. Die bisher unerhörte Stellung eines Mitgliedes zweiter Klasse wird besonders gefürchtet, nur damit Deutschland seiner ohnehin problematischen Mitgliedsrechte noch nach Möglichkeit verlustig geht. — Zum Schluß heißt es: Das Kabinett Marx-Strefemann hört nicht auf den Rat politisch geachteter Männer von nationaler Gesinnung. Es erbitet sich Informationen, d. h. Nachschlage in London bei der Entente. Sind diese Informationen so aussagekräftig, wie zu erwarten steht? Wird das Reichskabinett nicht abgern, den von London vorgezeichneten Weg zu gehen? Ueber die deutschen Erfordernisse hinweg gibt man den Einflüssen des Auslandes nach. Der durch das Fawes-Gutachten geschaffene Internationalisierung unserer Wirtschaft folgt

fest die Internationalisierung unserer Politik. Ob Paris zu dieser deutsch-englisch orientierten Politik seine Zustimmung geben wird?

Die „T. A. Z.“, die nie prinzipieller Gegner des Eintritts Deutschlands gewesen ist, weist darauf hin, daß es völlig auf die Umstände und auf die Bedingungen ankomme. Die ganze Frage sei freilich nicht einfach, wenn man an den Völkerbund und seine Folgen, in Dberschleppen vor allem und an der Saar denkt, und man müsse sehr viel innerlich überwinden, wenn man sich an den Gedanken gewöhnen soll, mit den Delegierten dieses Völkerbundes in Zukunft an einem Tische zu sitzen. Aber in der Politik spielen Gefühle die letzte Rolle und es frage sich nur, ob es sich für das Reich lohnt, dieses Opfer zu bringen. Die absolute Gleichberechtigung aber mit den übrigen Großmächten sei die Voraussetzung.

Der „Volks-Anz.“ sagt: Ueber den Eintritt in den Völkerbund verhandeln? Selbstverständlich! So gar verfahren, daß Deutschland sehr gern in den Völkerbund hineingehet — trotz dessen oberflächlicher, trotz dessen sozialistischer Unrechtfertigkeit und daraus aufmerklich machen, daß alle, die das wünschen, die MacDonalds, die Herriots, freundlich daran mitarbeiten müssen, die Voraussetzungen zu schaffen, ohne die Deutschland in den Völkerbund nicht hineingehen kann. Alle Voraussetzungen dafür liegen sich letzten Endes auf einen Vertrag zurückführen: den der völligen Gleichberechtigung. Gleichberechtigt sei aber Deutschland nicht, wenn und solange der erzwungenen Schuldfrage auf ihm lastet. Gleichberechtigt sei es nicht, wenn und solange die Abrüstungsfrage ihm gegenüber anders abhandelt werde als irgendeinem anderen Völkerbundmitglied gegenüber.

Der Aufstieg im Kaukasus.

Von unserer Korrespondenten.

Konstantinopel, den 11. September.

Im folgenden wird ein Bild vom Ausbruch und bisherigen Verlauf des Aufstandes im Kaukasus gegeben.

Zunächst sei kurz die politische Lage vor dem Ausbruch des Aufstandes umrissen. Nach dem Zerfall des zaristischen Reiches im Jahre 1917 waren im Kaukasus einige unabhängige Republiken entstanden, wie Georgien und Armenien — beide mit fast ausschließlich christlicher Bevölkerung —, ferner Aserbeidjan und die Nordkaukasische Republik, die letztere vorwiegend moslemisch, von welchen sich die ersten drei zur Transkaukasischen Bundesrepublik zusammenschlossen. Die Antriebe ehemaliger russischer Offiziere, unter Führung eines gewissen Nuch Weg, verhinderten damals den Anstich der Nordkaukasischen Republik an den Bund, was zur Folge hatte, daß sie, die am ehesten dem russischen Ansturm ausgesetzt war, trotzdem sie die tapfersten und ritterlichsten Bevölkerung in ihren Grenzen aufwies, auch zuerst zum Spielball bald der Wrangelleute, bald der Bolschewiken wurde, um schließlich endgültig den letzteren als Beute anzufallen.

Die Transkaukasische Bundesrepublik zerfiel zwar dank der politischen Eigenbröterei des Präsidates der in der Geschichte Kaukasus meist eine unruhige Rolle spielenden Armenier, schon wieder im Mai 1918, aber die Bundesstaaten konnten doch, auch dem Bolschewismus gegenüber, noch weit länger ihre Unabhängigkeit erhalten: Aserbeidjan bis April 1920, Georgien bis Februar 1921. In beiden Fällen hatte die rote Armee bei gleichzeitiger Anwendung der sattem bekannten terroristischen Methoden mit dem vielseitigen mittelalterlichen Apparat von Entferrungen, Morden, Torturen, Schändungen, Einäscherung und Plünderung der Häuser und Niederlassungen das betreffende Land bejagt, von den Armeniern, welche gleich im Mai 1918 ihren Freihaat als Sowjetrepublik erklärt hatten, in einer den Namen der armenischen Nation mit immerwährender Schmach bedeckenden grausam-hinterlistigen Weite — A. B. Niedermechelung der Frauen und Kinder in den männerlosen Dörfern — tatkräftig unterstützt. Der rote moskowitzische Imperialismus war mit erstaunlicher Offenheit vorgegangen. Ich werde nie das Gefühl des Widerwillens vergehen, welches mich ergriff, als mir Kabel bei einem Tee im Krem — März 1920 — amüßig erklärte: „Ich begreife nicht, warum Sarachan mit diesen Wilden (Aserbeidjan) wegen des Naphtos, welches wir dringend brauchen, so lange verhandelt. Wir müssen endlich die rote Armee hinschicken und der Komödie ein Ende machen.“

Georgien war eine sozialdemokratische, menschenwürdige, Republik, mit welcher Sowjetrußland noch im Sommer 1920 einen Freundschaftsvertrag abschloß, um ihn etwa ein halbes Jahr später, mitten im Frieden, ohne jede Begründung und gegen den deutlich sichtbaren Willen der georgischen Bevölkerung brutal zu brechen.

Zeit damals litt der Kaukasus namenlos unter den Ausschreitungen der russischen Gewaltherrschaft und den verwerflichen, demoralisierenden Methoden der roten Inquisition. Die Bolschewiken schufen, beim helischen einige nominell unabhängige Sowjetrepubliken, Armenien (40 000 Quadratkilometer mit 1 200 000 Einwohnern), Aserbeidjan (87 000 Quadratkilometer mit 2 000 000 Einwohnern), Dagestan (35 000 Quadratkilometer mit 700 000 Einwohnern) und die Perarepublik (45 000 Quadratkilometer mit 800 000 Einwohnern) sowie eine Anzahl kleinerer autonomer Gebiete, wie Afschafien, Adjarien, Kabardinien, Balkar-Kabardinien, und wie sie alle heißen mögen. Die transkaukasischen Staaten wurden wieder zu einem Bund zusammengefügt, welcher in nebenwichtigen Dingen eine gewisse Selbständigkeit behielt, aber im übrigen den Bolschewiken auf Gnade und Ungnade ausgeliefert war.

Die Bolschewiken rüsteten ihre Macht auf die Tscheka und 35 000 Mann roter Truppen, die sie nach Transkaukasien legten. Die Empörung des geachteten kaukasischen Volkes, — es sind keine Russen, deren Element, gleichviel, ob aktiv oder passiv, die Antrie ist — war im Laufe der Jahre maßvoller und unerträglichlicher Mißhandlungen so geworden, daß die Ankunft einiger menschenwürdiger Führer aus dem Auslande, wie Andronikoff nicht Prinz Andronikoff, wie die tendenziösen Moskauer Kommunisten behaupten, welche sich von den Weiden ihres Volkes selbst überzeugen wollten, genügt, um plötzlich, sehr gegen den Willen dieser Führer, im ganzen Lande die Flammen der Empörung emporlodern zu lassen. Es blieb nichts übrig, als die zusammenströmenden Massen bewaffneter Aufrehrer zusammenzufassen, um wenigstens zu versuchen, die Situation zu retten.

Am 28. August bemächtigte sich eine Gruppe der Aufständischen der kleinen Stadt Tschikauri. Die sich hiervon blühend verbreitende Nachricht hatte zur Folge, daß sich noch am selben Tage bewaffnete Mannern der Eisenbahn Batum — Batum bemächtigte, daß in den darauffolgenden Tagen eine ad hoc gebildete freiwillige Nationalarmee die in Georgien befindliche 9. Schützendivision in Trümmern schlug und deren Reste nach Armenien warf, sich ferner der Munitions- und Wassendepots bemächtigte, die Städte Kutais und Tiflis einnahm und nach den bisherigen Meldungen ganz Transkaukasien, mit Ausnahme der Städte Batum und Batu selbst, sowie Armeniens, wo die Reste der 9., sowie die 2. Schützendivision stehen, und der aserbeidjanischen Provinz Tatschik, wo sich die abgebrühten 28. Schützendivision vorant befindet, sich in der Hand zu halten scheint. Die der roten Armee angehörigen, aus Mannschaften georgischer und aserbeidjanischer Nationalität bestehenden Truppenteile, waren sofort zu den Revolutionären übergegangen. Auf die Nach-